

Fritz Helmedag

## Die Beschäftigungstheorie von Keynes: Dichtung und Wahrheit

### Eine Umwälzung mit Auslegungsbedarf

Bekannte und immer wieder genannte Werke der Geistes- und Sozialwissenschaften teilen anscheinend die notwendige, wenngleich zum Erfolg nicht hinreichende Eigenschaft, dem Leser Anlass und Spielraum zur eigenen Deutung des Textes zu geben. Folglich konkurrieren etliche Interpreten um die korrekte Wiedergabe der Botschaft namhafter Autoren. Das dürfte zum Teil daran liegen, dass originelle Denker sich auf Neuland wagen, das zwangsläufig kaum kartiert ist und nur wenige Orientierungshilfen bietet.

Auch die 1936 veröffentlichte „General Theory of Employment, Interest and Money“ von John Maynard Keynes leidet an manchen Stellen unter einer argumentativen Vagheit. Einerseits wartet das Buch mit einer zentralen (freilich keineswegs völlig neuen) Einsicht in die Funktionsweise des modernen Kapitalismus auf: Die effektive Nachfrage determiniert das Volumen der ökonomischen Aktivität! Andererseits ist ein geschlossener, systematisch aufgebauter Entwurf, der die treibenden Kräfte sowie das Innenleben des Systems ans Licht bringt, nur in Umrissen erkennbar. Vielmehr besteht der Ansatz aus mehr oder weniger isolierten und eher lose miteinander verzahnten Elementen, auf die man sich seinen eigenen Reim machen muss. Dies erklärt die beachtliche Spannweite der Aussagen, welche angeblich die Keynesischen Erkenntnisse widerspiegeln sollen. Die folgende Stoffsammlung vermittelt einen Eindruck von der Vielfalt inkompatibler Beschreibungen des Buchinhalts.

In diesem Beitrag rückt zudem ein bislang

unterbelichteter Aspekt der „General Theory“ in den Fokus: Hier wird die These vertreten, dass eine tragfähige Untersuchung, welche Faktoren die Beschäftigung bestimmen, ohne Bezug auf die *Arbeitswertlehre* zum Scheitern verurteilt ist. Bei Keynes finden sich zwar an einigen Stellen entsprechende Verweise, es fehlt aber an einer systematischen Einbindung in sein Gedankengebäude. Dabei liegt die Angelegenheit eigentlich klar auf der Hand: Die Beschäftigung ergibt sich aus den in den einzelnen Waren verkörperten Arbeitsmengen multipliziert mit dem jeweiligen Ausstoß. Ohne diese „klassische“ Verankerung hängen einschlägige Studien in der Luft. Im Hinblick auf die „General Theory“ handelt es sich gleichwohl mehr um ein Desideratum als eine Deskription.

Die avisierte Anreicherung des realwirtschaftlichen Kerns der Keynesischen Kapitalismusanalyse wird im abschließenden Teil dieses Aufsatzes skizziert. Zunächst widmen wir uns jedoch den gängigen Interpretationen, die in den Standardtexten der Makroökonomik vorherrschen. Leider haben bestimmte Ausführungen im Original, die anschließend vorgestellt werden, dem inzwischen etablierten Keynesianismus den Weg bereitet, so dass den Namensgeber eine Mitverantwortung an der verflachten, wenn nicht gar verfälschten Präsentation seiner offenbar zu lax formulierten Weltsicht trifft. Eine Klarstellung erscheint umso dringlicher, als manche nach der 2008 ausgebrochenen Finanzkrise zur Überwindung der eingetretenen „Großen Rezession“ die Revitalisierung keynesianischer Rezepte fordern. Diese Rückbesinnung sollte freilich über die

kodifizierten Dogmen hinausgehen, um die Aussichten auf Erfolg (etwas) zu verbessern.

### Eine Leseempfehlung und ihre Folgen

Maßgeblich für die Deutung der Keynesschen Theorie in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg war ein 1937 publizierter Aufsatz von John R. Hicks. Der dort präsentierte Kurvenapparat eroberte weltweit die Lehrbücher „as completely as the Holy Inquisition conquered Spain“, um einen schlagenden Vergleich von Keynes zu bemühen (vgl. Keynes 2007 [1936]: 32). Dabei geriet die Lektüre des Originals in den Hintergrund.

Ausgangspunkt des „Kicksianismus“ – von Keynes bleibt nur noch das „K“ (vgl. Streissler 2002: 72) – ist eine Rekonstruktion der Klassik. In diesem Konzept hält das Publikum nur Geld, um damit Transaktionen abzuwickeln. Wenn die Zahlungssitten gemäß eines Kas senhaltungskoeffizienten  $k$  gegeben sind und sich das Handelsvolumen proportional zum Volkseinkommen  $Y$  verhält, lautet die Geldnachfragefunktion  $L = k \cdot Y$ . Gleichgewicht auf dem Geldmarkt fordert die Übereinstimmung dieser „Cambridge equation“ mit dem (angeblich) exogenen Geldangebot  $M$ . Aus quantitätstheoretischer Sicht ergibt sich damit das Sozialprodukt zu

$$Y = \frac{M}{k}$$

Hicks greift anschließend die Keynessche „special theory“ auf (vgl. Hicks 1937: 152). Zwei Funktionen unterscheiden sich dabei von der Klassik. Einerseits ist gemäß des „fundamental psychologicalen Gesetzes“ (vgl. Keynes 2007 [1936]: 96) die Ersparnis nicht vom Zins determiniert, sondern vom Einkommen abhängig. Besser Verdienende legen absolut und relativ mehr auf die hohe Kante. Somit verliert der klassische Zinsmechanismus seine Basis und kann folglich auch nicht mehr für die Übereinstimmung von Sparen und Investieren sorgen. Diesbezüglich muss ein anderes Wirkungsgefüge identifiziert werden. Keynes steht ferner vor der Aufgabe, eine alternative Zinserklärung zu liefern.

Laut der von Keynes propagierten „Liquiditätspräferenztheorie“ ist die Geldhaltung neben dem Transaktionsmotiv von der Zinshöhe bestimmt. Zahlungsmittel werden seiner Meinung nach auch aus Spekulationsgründen gehalten. Keynes betrachtet als Anlagealternative des Vermögens den Kauf von Wertpapieren mit fixierter Nominalverzinsung, z. B. ewig laufende „Consols“ (Staatsanleihen), die in England schon zu napoleonischen Zeiten begeben wurden und noch heute existieren. Die tatsächliche Verzinsung hängt von der Kurshöhe ab. Ein Papier im Nennwert von 100 £ mit 3% Nominalzins rentiert sich beim Kauf zu einem aktuellen Kurs von 50 £ mit 6%. Allgemein gilt, dass niedrige Marktpreise der Wertpapiere auf hohe Zinsen hindeuten und umgekehrt.

Der Gleichgewichtszins sorgt nun laut Keynes dafür, dass die gewünschte Kassenhaltung der Wirtschaftssubjekte mit der verfügbaren Geldmenge übereinstimmt (vgl. Keynes 2007 [1936]: 167). Bei hohen Kursen ist der Zins, wie erläutert, im Keller. Für ein relativ kleines Sozialprodukt und einen dementsprechend geringen Bedarf an Transaktionskasse muss dann der nicht benötigte Rest einer gegebenen Geldmenge der Spekulationskasse zugeordnet sein. Im Fall teurer Wertpapiere liegt freilich zugleich eine Baisse (und damit ein Anstieg des Zinses) in der Luft. Jene, die für die kommende Gelegenheit zur Vermögensanlage liquide sein wollen, halten daher freiwillig Geld als Anlageform. Außerdem sind bei geringem Zins die Opportunitätskosten der Kassenhaltung bescheiden.

Laut Keynes gibt es aber eine Mindestmarke ( $i_{\min}$ ), unter die der Zins nicht fällt. Die Kurse stehen in dieser Situation so hoch, dass praktisch jeder mit einem Rückgang rechnet. Die Spekulationskasse ist deshalb reichlich gefüllt. Wird die Geldmenge vergrößert, landet der Zuwachs unter solchen Umständen vollständig in der „Liquiditätsfalle“. Geldpolitik vermag dann nicht, für eine weitere Zinssenkung zu sorgen.

Mit steigendem Sozialprodukt wächst der Bedarf an Zahlungsmitteln für Umsätze. Dafür muss das gewünschte Volumen der Spekulationskasse reduziert werden. Dies bedingt niedrigere Kurse und deshalb einen höheren Zins.

Bei ganz großem Einkommen ( $Y$ ) absorbiert wie in der Klassik die Transaktionskasse die gesamte vorhandene Geldmenge. Die Spekulationskasse ist dann leer, der Zins ( $i$ ) steht auf Spitzewerten, die Kurse sind eingebrochen.

Abbildung 1 zeigt den Verlauf und die von Hicks besonders hervorgehobenen Abschnitte der sog.  $LM$ -Kurve, die das Gleichgewicht zwischen Geldnachfrage  $L = L(Y, i)$  und Geldmenge  $M$  wiedergibt. Wird sie ausgedehnt, verschiebt sich der Graph im Koordinatensystem nach rechts.

Wie sieht es mit dem Gütermarktgleichgewicht aus? Es kennzeichnet sich durch die Übereinstimmung des zinsdeterminierten Investierens mit dem einkommensabhängigen Sparen. Wenn bei hohem Zins wenig Sachvermögen gebildet wird, so bedarf es nur eines relativ kleinen Sozialprodukts, um die kompensierende Ersparnis zu erzeugen. Umgekehrt, bei niedrigem Zins und beträchtlichen Investitionen ( $I$ ) muss das Einkommen groß sein, damit daraus die entsprechenden Ersparnisse ( $S$ ) gebildet werden. Die resultierende  $IS$ -Kurve verläuft im  $Y/i$ -Diagramm somit fallend. Sie ist der geometrische Ort aller Zinssatz-Sozialprodukt-Kombinationen, wo sich expansive und kontraktive Kräfte die Balance halten. Deshalb sagen manche, dass die  $IS$ -Kurve das Gleichgewicht des Kapital- statt des Gütermarkts ausdrückt.

In Abbildung 2 lassen sich die Spielräume der Fiskal- und Geldpolitik abstecken, wie sie

im Gefolge von Hicks weltweit über Jahrzehnte gelehrt worden sind. Im Schaubild sind neben einer  $LM$ -Funktion drei  $IS$ -Kurven eingezeichnet. Je weiter rechts sie liegen, desto höher sind die Investitionen.

Die  $IS_1$ -Kurve schneidet die  $LM$ -Kurve im Keynesschen Bereich. Der Zins ist auf dem Mindestniveau  $i_{\min}$  und das Volkseinkommen  $Y_1$  gering. In dieser *Liquiditätsfalle* brächte eine Geldmengenausdehnung weder eine Zinssenkung noch eine Sozialproduktsteigerung. Zusätzliche Zahlungsmittel landeten in der Spekulationskasse. Zur Output- und Beschäftigungserhöhung ist es daher angezeigt, mehr zu investieren. Da Private in einer Krisensituation dies aus freien Stücken kaum tun dürften, sollte der Staat entsprechende Anreize bieten (z.B. eine Abwrackprämie zahlen) oder selbst Zusatznachfrage ausüben. Die öffentliche Hand ersetzt also die unzureichenden diskretionären Ausgaben der Bürger.

Angenommen, diese Maßnahmen verschieben die Gleichgewichtskurve des Gütermarkts so, dass  $IS_2$  gilt. Offensichtlich kommen in diesem „Mittelfeld“ beide Politikalternativen in Betracht. Eine (nicht eingezeichnete) Geldmengenausdehnung würde die  $LM$ -Kurve nach rechts verschieben. Im neuen Schnittpunkt mit der  $IS_2$ -Kurve wäre der Zins geringer als  $i_2$  und das Volkseinkommen übertrifft  $Y_2$ . Diese Output-Steigerung ließe sich auch mit einer Rechtsverlagerung der  $IS$ -Kurve herbeiführen, jedoch würde bei nicht angepasster  $LM$ -Kurve

Abbildung 1: Das Geldmarktgleichgewicht

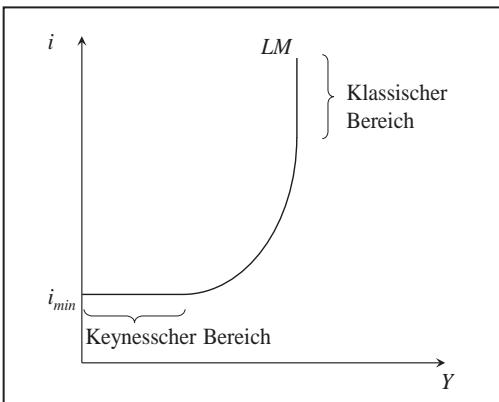
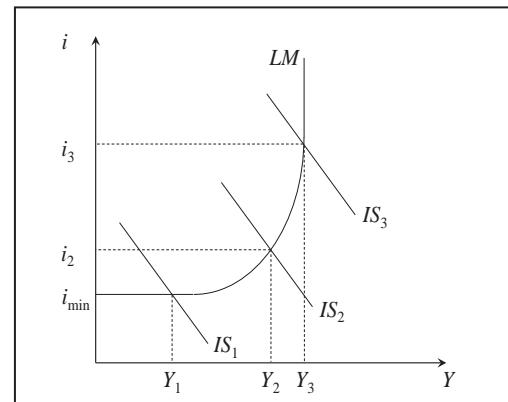


Abbildung 2: Das IS-LM-Schema



der Zins nach oben gehen. Wandert die Gleichgewichtskurve des Gütermarkts gar in Richtung  $IS_3$ , schneidet sie die  $LM$ -Kurve im klassischen Bereich. Weitere Erhöhungen der autonomen Nachfrage riefen nur noch Zinssteigerungen hervor, während das Sozialprodukt auf  $Y_3$  verharrt. Jetzt käme nur eine Vermehrung der Zahlungsmittel in Betracht, um das Einkommen zu erhöhen und den Zins zu senken.

Akademische Fingerübungen nach diesem Muster haben die Makroökonomik nach dem Zweiten Weltkrieg lange geprägt. Die von Hicks präsentierten Kurven gehörten zum Standardrepertoire und es wurde üblich, das gemeinsam geteilte Grundmodell als „Neoklassische Synthese“ zu bezeichnen. Im Zuge der Verbreitung dieses Namens war unter der Hand eine inhaltliche Schwerpunktverlagerung verbunden. Die Keynesche Empfehlung kreditfinanzierter öffentlicher Ausgabenprogramme („deficit spending“), um Erwerbslosigkeit zu bekämpfen, wurde auf mehr oder weniger schwere Krisensituationen eingeschränkt. Im Normalfall dürfe man getrost den Marktgesetzen vertrauen. Für einige, welche diese Entwicklung mit Unbehagen verfolgten, war die „Hydraulik“ des  $IS-LM$ -Apparats zum „Bastard-Keynesianismus“ (Robinson 1971: 90) degeneriert.

Anderen hingegen ging die im dominierenden Analyserahmen schlummernde interventionistische Botschaft viel zu weit. Sie bezweifelten prinzipiell, dass der Staat durch geschickte Kombination der Geld- und Fiskalpolitik für einen hohen Beschäftigungsstand sorgen solle und könne. Angesichts steigender Inflationsraten in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts gewann die „monetaristische Konterrevolution“ unter Führung von Milton Friedman Zulauf. Doch es ging nicht nur um die Wiederbelebung der klassischen Quantitätstheorie. Auch Elemente der Keynesischen Konzeption gerieten ins Kreuzfeuer der Kritik.

### Von der Gegenrevolution zum Kompromiss

Der erste Angriff gegen die „Neue Wirtschaftslehre“ richtete sich gegen die Konsumfunktion.

Nach Keynes hängt der Verbrauch vom laufenden Einkommen der betrachteten Periode ab. Franco Modigliani stellte Anfang der 1950er-Jahre die 1985 mit dem Nobelpreis bedachte „Lebenszyklushypothese“ auf. Demnach wechseln sich bei den Einkommensbeziehern Überschuss- und Defizitphasen ab. Sparen hat also im Wesentlichen individuell die Funktion, sich früher oder später Anschaffungen zu leisten.

Die These erscheint freilich anthropologisch recht kühn, da die Menschen eben nicht wissen, wann sie sterben und manche sogar den Erben Gutes tun wollen. Das dauerhafte, wenngleich hoch konzentrierte Nettovermögen belegt nachdrücklich, dass die Haushalte insgesamt das Verbrauchspotenzial keineswegs ausschöpfen. Der „Spartrichter“ (vgl. Zinn 1986: 29) füllt sich mehr und mehr.

Der ebenfalls mit der hohen Auszeichnung geehrte Milton Friedman präsentierte in einem Aufsatz 1957 die „permanente Einkommenshypothese“. Demgemäß richten die Menschen ihr Verbrauchsverhalten nicht an den aktuellen Bezügen aus, sondern am erwarteten Durchschnittseinkommen. Kurzfristige Schwankungen berühren die Ausgaben angeblich nicht. Diese Interpretation fügt sich nahtlos zur – wenn schon nicht konstanten, so doch stabilen – Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Die Zahlungssitten änderten sich nur langsam und in Abhängigkeit von wenigen Parametern.

Die genannten Verhaltensweisen entsprechen der Stabilität des privaten Sektors, die der Monetarismus propagiert. Die Regierung mit ihren diskretionären Eingriffen verursache in Wahrheit die zyklischen Bewegungen der Wirtschaftsaktivität, während der marktwirtschaftliche Teil des Systems Schocks absorbiere. Keynesianische Stop-and-go-Politik sei folglich verfehlt.

In einer 1968 gehaltenen Rede vor der American Economic Society startete Friedman einen Angriff auf die sog. Phillips-Kurve: Es gebe langfristig keinen Trade-off zwischen den Zielen Geldwertstabilität und hoher Beschäftigung. Nachfragemanagement ende nur in steigenden Inflationsraten, während auf Dauer die Arbeitslosigkeit auf ihrem „natürlichen“ Niveau verharre. Die Bekämpfung steigender Preise steht daher auf Platz eins der monetaris-

tischen Agenda. Aufgabe der Wirtschaftspolitik sei es lediglich, die Geldmenge gemäß fixierter Regeln anzupassen.

Die zweite Generation der Chicagoer Schule trieb die Glaubenssätze ihrer Vorgänger auf die Spitze. Der „Monetarismus II“ mit den führenden Vertretern Robert Lucas, Robert J. Barro sowie dem Autorenteam Thomas J. Sargent und Neil Wallace spricht der Regierung prinzipiell die Fähigkeit ab, systematisch die ökonomischen Verhältnisse gestalten zu können. Ursache hierfür seien „rationale“ Erwartungen. Die Wirtschaftssubjekte passen demnach ihre Zukunftseinschätzungen nicht adaptiv an die Erfahrungen der Vergangenheit an, sondern sie verarbeiten alle verfügbaren Informationen und irren sich höchstens zufällig über die kommenden Ereignisse. Vorhersehbare wirtschaftspolitische Maßnahmen sind daher zum Scheitern verurteilt (vgl. Lucas 1996). Die Bürger antizipieren – angeblich in Kenntnis des zutreffenden Strukturmodells, nämlich der Chicago-Weltsicht – die Aktionen des Staates und verhalten sich entsprechend, sodass die Wirkungen verpuffen. Konsequenterweise verkündete der Nobelpreisträger von 1995 Robert Lucas schon 1980 den „Tod des Keynesianismus“ (Lucas 1980). In Deutschland fand diese (neu-)klassische Position besonders starken Zulauf. Im Jahr 2005 haben über 240 Hochschullehrer der Volkswirtschaftslehre sogar einen „Hamburger Appell“ unterzeichnet, der in kompromissloser Manier jedwede Nachfragesteuerung verurteilte. Erst nach dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise im Sommer 2008 wurde Konjunkturpolitik wieder salonzfähig. Das geschah jedoch in erster Linie als Reflex praktischer Notwendigkeit, nicht auf Initiative der Wissenschaft.

Im akademischen Raum hat es aber vorher durchaus Weiterentwicklungen gegeben, die man mit mehr oder weniger Berechtigung dem nachfrageorientierten Ansatz zuordnet. Es lassen sich ebenfalls drei Schübe identifizieren, welche die „Neue Keynesianische Makroökonomie“ ausmachen.

Etwa zeitgleich mit dem „Monetarismus II“ verbreiteten sich etliche Ungleichgewichtsmodelle, die keine Markträumung voraussetzen (vgl. als Überblick Rothschild 1981). Meist

beruhen sie auf *false trading*, einem „verfrühten“ Handel, der vollzogen wird, ehe die Gleichgewichtspreise gefunden sind. Geplante und tatsächliche Größen weichen dann voneinander ab. Weiterwälzungen im System können unter Umständen zu einem „Regime“ führen, in welchem sowohl auf dem Güter- als auch dem Arbeitsmarkt ein Überschussangebot herrscht. Die Auflösung der Blockaden erfordert dann wirtschaftspolitische Eingriffe.

Ein anderer Ansatz verweist auf Rigiditäten, die entstehen, weil die Änderung von Preisen Kosten verursacht. Solche *menu costs* umfassen weitaus mehr als bloß den Neudruck einer Speisekarte, wenn man etwa an den Versandhandel denkt. Damit kennzeichnet sich das Preissystem durch Starrheiten, die seine Funktion beeinträchtigen. In ähnliche Richtung gehen die „Effizienzlohntheorien“, die belegen möchten, dass es im Interesse der Arbeitgeber sei, freiwillig übertariflich zu zahlen. Damit verhindert man beispielsweise die Abwanderung qualifizierten Personals, das sich außerdem besonders ins Zeug legt, denn die Beschäftigten wollen den gut dotierten Posten nicht verlieren. Die relativ hohen Löhne rufen jedoch ein Arbeitsangebot hervor, das den Bedarf übertrifft. Erwerbslosigkeit ist die Folge.

Die dritte Variante neokeynesianischer Forschungsbemühungen versucht, das Preisniveau ins *IS-LM*-Schema zu integrieren. Wichtig sind dabei sog. Realkasseneffekte, die auf der Annahme beruhen, die Wirtschaftssubjekte seien frei von Geldillusion. Fallende Preise erhöhen den realen Wert der monetären Aktiva (und umgekehrt). Dies wirkt sich auf die Lage der *IS*- und *LM*-Kurven aus.

Ein Effekt trägt den Namen von Arthur Cecil Pigou, mit dem sich Keynes auch in der „General Theory“ mehrfach kritisch auseinandersetzte. Wird nach einer Preissenkung ein nun als zu groß erachtetes Geldvermögen abgebaut, steigt der Konsum. Das führt zu einer Rechtsverlagerung der *IS*-Kurve. Jedoch dürfte der Zusatzverbrauch der Gläubiger durch einen Minderkonsum der Schuldner kompensiert werden, deren reale Verbindlichkeiten ebenso wie die Forderungen gestiegen sind. Allein Bargeld repräsentiert eine höhere Kaufkraft, weil ihm die Zentralbank als nicht einlösungsver-

pflichteter Emittent gegenübersteht. Insgesamt gesehen dürfte der „Pigou-Effekt“ darum eine eher zu vernachlässigende Größe sein.

Ein zweiter Wirkungskanal wird nach Keynes benannt: Eine Deflation wirkt wie eine Geldmengenvergrößerung, welche die *LM*-Kurve nach rechts verschiebt und damit sinkende Zinsen nach sich zieht. Bei gegebener Rangfolge der Renditen alternativer Projekte könnte das wiederum die Investitionen anregen. Allerdings ist es wenig keynesianisch, auf diesen „Keynes-Effekt“ in der Depression zu vertrauen, da vorhandene Leerkapazitäten auch bei Niedrigzinsen kaum zu Investitionen anregen.

Einige Autoren haben sich auf die beschriebenen Zusammenhänge gestützt, um eine aggregierte Nachfragefunktion zu entwickeln. Die *Aggregate Demand Function (AD)* wird in ein Koordinatensystem gezeichnet, das auf der Abszisse den realen Output ( $Y_r$ ) misst und das Preisniveau ( $P$ ) an der Ordinate abträgt. Sie soll alle Schnittpunktkonstellationen der *IS*- mit der *LM*-Kurve vereinigen. Nach einigen Zwischenstufen (vgl. Romer 2000: 152) gelangt man zu einer inversen Beziehung zwischen Preisniveau und Nachfrage: Die *AD*-Kurve fällt.

Das aber ist nur die halbe Miete. Es bedarf noch einer aggregierten Angebotskurve. Oft wird sie unter der Bedingung starrer Geldlöhne hergeleitet. Höhere Preise senken deshalb die reale Vergütung. Gemäß der neoklassisch gedeuteten Arbeitsnachfrage steigen damit die Beschäftigung und der Output. Im Ergebnis weist die *Aggregate Supply Function (AS)* eine positive Korrelation zwischen Preisniveau und Ausstoß aus. Die Frage lautet indes, weshalb sich die Güter verteuern. So dürften in einem Konjunkturtal die Stückkosten mit einer besseren Auslastung der Anlagen zurückgehen. Eine Mehrproduktion ist unter solchen Umständen durchaus ohne Inflationstendenzen möglich.

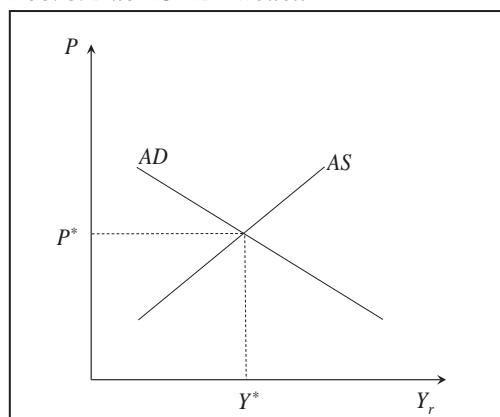
Abbildung 3 enthält die *AD*- und die *AS*-Kurven. Das Etappenziel ist erreicht: Wie in der Mikroökonomie bringen die im Preis-Mengen-Diagramm einander entgegengesetzten Kräfte das Gleichgewicht  $P^*$  und  $Y^*$  zu Stande. Allerdings ist damit auch im aufgemöbelten „Kicksianismus“ lediglich das Einkommensniveau bestimmt, während

die Verbindung zum Arbeitsvolumen nach wie vor fehlt. Zudem ist fraglich, ob die Argumentation trägt. Problematisch erscheint neben den fixierten Nominallöhnen und einer gegebenen Geldmenge das Vertrauen auf die Stärke der Realkasseneffekte. In Wahrheit ist von einer Deflation eher zu erwarten, dass Konsumwünsche und Investitionsvorhaben verschoben oder zurückgeschraubt werden. Eine Krise verschärft sich dann, statt in einen Aufschwung zu münden.

In den letzten Jahren ist die Kritik an der exogenen Geldmenge harscher geworden. Im Zuge dieses Prozesses hat sich ein „neuer Konsens“ etabliert. In ihm sind sowohl Elemente der „Neuen Klassischen Ökonomik“ als auch der „Neuen Keynesianischen Ökonomik“ enthalten. Einige Annahmen sind in diesem Konzept durchaus überzeugend, etwa die oft unterstrichene Feststellung, dass *Erwartungen* eine wichtige Rolle spielen. Außerdem wird der Zentralbank mit Recht unterstellt, sie richte sich an Regeln oder Reaktionsfunktionen aus, um die Tagesgeldsätze – die Kosten für kurzfristige Ausleihungen zwischen Geschäftsbanken – zu beeinflussen (vgl. Helmedag 2009).

Inkonsistent ist aber die Haltung zum Verhältnis zwischen Preisniveau und Arbeitslosigkeit, also dem Phillips-Zusammenhang. Für die kurze Frist hat sich die eher keynesianische Position durchgesetzt, Unterbeschäftigung lasse sich reduzieren, wenn auch unter Inkaufnahme höherer Preise. Auf lange Sicht gelte jedoch

Abb. 3: Das AS-AD-Modell



die Friedman-Kritik: Nachfragermanagement führe bloß zur Inflation, die „Natural Rate of Unemployment“ lasse sich so nicht reduzieren.

In Abbildung 3 würde eine entsprechende AS-Kurve vertikal verlaufen, bei gegebener Arbeitsproduktivität liefert eine konstante Beschäftigung – das Pendant zur „natürlichen Arbeitslosigkeit“ – einen fixierten Ausstoß, der mit jedem Preisniveau einhergehen kann.

Methodisch überzeugt diese Zweiteilung freilich keineswegs: Wie kann auf lange Sicht etwas nicht mehr gelten, das in jeder Periode zutrifft? Außerdem darf die Friedmansche Interpretation der „Phillips-Kurve“ sowohl aus empirischen als auch aus theoretischen Gründen (vgl. Galbraith 1997) getrost zur Seite gelegt werden, Beschäftigungspolitik ist möglich, wenn man nur will. Die Erfahrungen der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise haben das aufs Neue bestätigt.

Tatsächlich dürfte die gegenwärtig dominierende Synthese bzw. die Feuerpause im makroökonomischen Lager wissenschaftssoziologisch begründet sein. Das Zusammenfassen von Gegensätzlichem erlaubt es jeder Seite, das Gesicht zu wahren. Die skizzierte Forschung der letzten 30 Jahre hat ohnehin eine nur bescheidene Bedeutung für die Praxis in Zentralbanken, internationalen Organisationen und Ministerien gehabt (vgl. Mankiw 2006: 42). Gegenwärtig sieht es nicht danach aus, dass sich dies in absehbarer Zukunft grundlegend ändert. Dabei wäre es dringend erforderlich, den vorherrschenden Vorurteilen fundierte Konzepte entgegenzustellen, welche einen zielführenden Kurs weisen. Hierfür bietet die „General Theory“ Elemente, die geeignet erscheinen, einer praxistauglichen und wohlfahrtsfördernden Makroökonomik den Weg zu ebnen.

#### Zurück zu den Wurzeln: Von Ausgaben zum Einkommen

Im Vorwort zur französischen Ausgabe seines Hauptwerkes bringt Keynes sein Anliegen besonders prägnant auf den Punkt: Das Buch sei ein „final break-away from the doctrines of J.-B. Say“ (Keynes 2007 [1936]: XXXV). Zusammenfassend bezeichnet Keynes alle Autoren als

„Klassiker“, welche der Auffassung sind, dass das Angebot sich seine Nachfrage schaffe. Diese Sichtweise möchte er überwinden.

Dementsprechend stellt Keynes an den Anfang seines Buches zwei Postulate, auf denen die angegriffene Lehre beruhe. Einerseits drückt die fallende Arbeitsnachfrage aus, dass der Reallohn gleich dem abnehmenden Grenzprodukt der Arbeit sei. Andererseits steigt die Arbeitsangebotskurve, weil das wachsende Grenzleid der Arbeit zur Kompensation eine höhere Vergütung erfordere. Der Schnittpunkt beider Kurven bestimmt die Beschäftigung und somit den Ausstoß in der Wirtschaft. Es gibt in dem so gekennzeichneten klassischen System keine unfreiwillige Erwerbslosigkeit, Unterbeschäftigung ist lediglich Symptom eines zu hohen Entgelts.

In der „General Theory“ lehnt Keynes die zweite Prämissen vor allem deshalb ab, weil auf dem Arbeitsmarkt gar nicht über Reallohne verhandelt werde. Vielmehr geht es bei Tarifauseinandersetzungen um die nominale Bezahlung. Eine höhere Vergütung muss aber nicht zu einem Reallohnzuwachs führen, wenn die Güterpreise auf Grund der gestiegenen Nominallöhne in gleichem Maße zunehmen. In dem 1939 erschienenen Aufsatz „Relative Movements of Real Wages and Output“ weist Keynes zudem das erste Postulat, die Grenzproduktivitätsentlohnung, zurück (wiederabgedruckt in Keynes 2007 [1936]: 394 ff.). Denn bei nicht ausgelasteten Kapazitäten, also in der Keynes besonders interessierenden Situation beträchtlicher Arbeitslosigkeit, sind die Stückkosten relativ hoch. Eine größere Ausbringung reduziert sie und gibt Preissenkungen oder Gehaltserhöhungen Raum. Dann wären Output und Reallohn positiv miteinander verknüpft.

Um die Veränderung der nominalen Bezahlung aus der Analyse auszublenden, bedient sich Keynes eines Kniffs. Er dividiert alle monetären Größen wie Konsumausgaben, Investitionen etc. durch die Lohneinheit („wage unit“), den durchschnittlichen Stundenlohn (vgl. Keynes 2007 [1936]: 41). Damit verwandeln sich alle Geldbeträge in bestimmte Mengen standardisierter Arbeit, die man mit dem monetären Äquivalent kaufen könnte. Diese Methode hat bereits Adam Smith 1776 benutzt. Allerdings

spricht der Schotte von „labour commanded“, wenn er Güterpreise in der Lohneinheit misst. Doch die Gemeinsamkeit geht noch weiter: Keynes ist wie der Altmeister (vgl. Helmedag 1994: 113 ff.) Anhänger der Arbeitswertlehre:

„I sympathise, therefore, with the pre-classical doctrine that everything is *produced by labour*, aided by what used to be called art and is now called technique, by natural resources which are free or cost a rent according to their scarcity or abundance, and by the results of past labour, embodied in assets, which also command a price according to their scarcity or abundance.“ (Keynes 2007 [1936]: 213)<sup>1</sup>

Letzten Endes werden alle Erzeugnisse mit den originären Produktionsfaktoren Arbeit und Natur erzeugt. Im nächsten Abschnitt ziehen wir diesen Gesichtspunkt heran, um die Bestimmungsgründe der Beschäftigung näher zu charakterisieren.

Die Keynessche Wahl der Maßeinheit bereitete einer Fehlinterpretation seiner Überlegungen den Weg, die bis heute anhält. Viele meinen, Keynes habe *starre* Geldlöhne vorausgesetzt. Die zum Abbau der Arbeitslosigkeit erforderliche Senkung der Vergütung sei daher von vornherein ausgeschlossen – kein Wunder, dass dann ein Stellenmangel dauerhaft sei. Diese weit verbreitete Lesart entbehrt freilich jeder Grundlage.

Keynes teilt zwar die Stromgrößenaggregate durch den jeweils gegebenen Lohnsatz. Das heißt aber nicht, dass das Entgelt im Zeitablauf konstant bleibt. Außerdem hat Keynes im 19. Kapitel der „General Theory“ eine variierende Nominalvergütung explizit diskutiert. Im Ergebnis könnten die gleichen Effekte mit geringeren Anpassungskosten durch eine veränderte Geldmenge erzielt werden. Eine schlechtere Bezahlung ist deswegen kein Weg aus der Krise.

Das zentrale Anliegen von Keynes ist es, die Kräfte zu identifizieren, welche das Arbeitsvolumen bestimmen. Als Determinante der Gesamtausbringung („output as a whole“) präsentiert Keynes das Prinzip der effektiven Nachfrage (vgl. Helmedag 2012a). Es beruht auf zwei Kurven.

Die aggregierte Angebotsfunktion ( $Z$ ) gibt die *notwendigen* Erlöse an, welche die Unter-

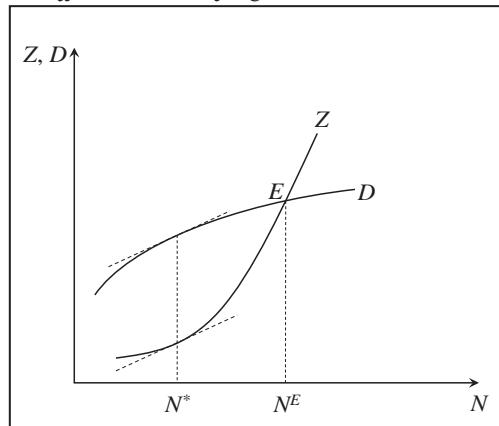
nehmer bei einer bestimmten Beschäftigung ( $N$ ) mindestens brauchen, um die Kosten zu decken. Die aggregierte Nachfragefunktion ( $D$ ) reflektiert den *erwarteten* Umsatz, den die Anbieter mit dem jeweiligen Arbeitseinsatz verbinden. Die Erlöse setzen sich im Modell ohne Staat und Ausland aus den Konsumausgaben der Haushalte ( $C$ ) und den Investitionen der Betriebe ( $I$ ) zusammen.

Die in Abbildung 4 gezeichneten Verläufe dürften den Vorstellungen von Keynes entsprechen. Der Schnittpunkt beider Kurven ( $E$ ) fixiert die effektive Nachfrage und damit das Niveau der ökonomischen Aktivität ( $N^E$ ).

Wenn das Ssaysche Gesetz gelten würde, dann lägen laut Keynes die  $Z$ - und die  $D$ -Kurve aufeinander: Bei jeder Beschäftigung schaffe sich das Angebot seine Nachfrage. Tatsächlich sei aber nur der Punkt  $E$  entscheidend, denn dort werde der von den Unternehmen erwartete Profit maximal (vgl. Keynes 2007 [1936]: 25).

Diese von Keynes vorgebrachte Argumentation überzeugt aus zwei Gründen nicht. Einerseits wäre der Gewinn als Erlös minus Kosten bei der größten Differenz der beiden Kurven ( $N^*$ ) am höchsten. Dieses Problem wird auch nicht mit der Bemerkung umschiff, die Kosten enthielten eine Renditekomponente. Offensichtlich handelte es sich dann nicht nur um die „notwendigen“ Erlöse. Andererseits ist fraglich, ob die beiden Funktionen überhaupt

Abbildung 4: Das Prinzip der effektiven Nachfrage



unabhängig voneinander betrachtet werden dürfen. So finanzieren Lohnzahlungen über die Verbrauchsentscheidungen der Haushalte einen Großteil des Absatzes. Tatsächlich liefert Keynes an anderer Stelle das Material, mit dem sich das Prinzip der effektiven Nachfrage präziser fassen lässt.

Bemerkenswerterweise hat die Originalüberlegung von Keynes nur recht wenig Widerhall in der Literatur gefunden. Stattdessen verwendet man fast ausschließlich ein zu Ehren des amerikanischen Ökonomen Alvin H. Hansen benanntes Diagramm. Zuweilen wird das Vorgehen auch als „Methode der 45°-Linie“ oder als „Einnahmen-Ausgaben-Modell“ bezeichnet. In einem Koordinatensystem, das auf der Abszisse das Sozialprodukt aufträgt, wird die Winkelhalbierende als Angebotskurve interpretiert. Auf der Ordinate werden die Nachfragekomponenten abgetragen.

In Abbildung 5 hat daher die – der Einfachheit halber linear verlaufende – Konsumfunktion ein geringeres Steigungsmaß ( $c$ ) als 100%. Damit es zu einem Schnittpunkt der Konsumnachfrage mit der 45°-Angebotskurve ( $Y_S$ ) kommt, wurde ein autonomer Sockelkonsum ( $C^{aut}$ ) angenommen, der angibt, wie viel die Haushalte unabhängig vom Einkommen mindestens kaufen möchten. Diese diskretionäre Nachfrage lässt sich als Geldvermögensabbau interpretieren, entweder wird Kasse verringert oder Kredit aufgenommen. Da Haushalte konventionsgemäß nicht investieren, entspricht der autonome Verbrauch dem maximalen negativen Finanzierungssaldo beim Einkommen null. Mit steigendem Verdienst wird das Defizit reduziert. Rechts der „Sparschwelle“ ( $\bar{Y}$ , vgl. Abbildung 5) bauen die Haushalte monetäre Aktiva auf: Selbstverständlich stiftet auch das behaltene, nicht für den Erwerb von Konsumgütern verwendete Geld Nutzen, da es die aktuell empfundene Sorge um eine eventuell fehlende künftige Kaufkraft mindert.

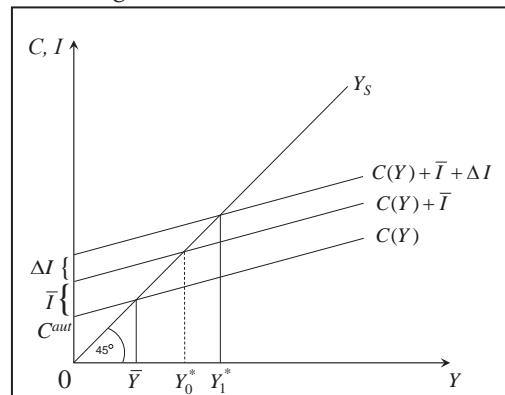
Zusätzlich wurden Investitionen in konstanter Höhe ( $\bar{I}$ ) eingezeichnet. Gegebenenfalls können sie mit dem Output wachsen. Ferner sehen wir nicht nur von Abschreibungen, sondern auch von nicht ausgeschütteten Gewinnen ab. Der Sachvermögensaufbau der Unternehmen ist daher gleich ihrem (negativen)

Finanzierungssaldo. Diese Geldvermögensminderung kommt zu den Verbrauchsausgaben hinzu. Der Schnittpunkt der Gesamtnachfrage  $C(Y) + \bar{I}$  mit dem Gesamtangebot  $Y_S$  liefert das Gleichgewichtssozialprodukt  $\bar{Y}_o^*$ . Das Prinzip der effektiven Nachfrage oder das Keynessche Gesetz, wie man es auch nennen könnte, verkehrt daher das Theorem von Say ins genaue Gegenteil: Die Nachfrage schafft sich ihr Angebot!

Links vom Gleichgewichtseinkommen übersteigen die geplanten Ausgaben die Wertschöpfung. Man spricht in einer solchen Situation gelegentlich von einer „inflatorischen Lücke“. Wenn das Angebot größer ausfällt als die Nachfrage, ist dagegen zuweilen von einer „deflatorischen Lücke“ die Rede. Offenbar steht hinter diesen Bezeichnungen die Vorstellung, die Bewegung zum Gleichgewicht sei von Preisänderungen begleitet. Bei mangelndem Angebot würden die Güter teurer, während eine Überproduktion sie verbillige. Die Terminologie sollte jedoch vermieden werden, da bei Unterbeschäftigung die Anpassung eher über eine Mengenausdehnung erfolgt.

Die Wirkung einer Veränderung der Investitionen liefert der sog. Multiplikator, dessen Entdeckung Keynes Richard Kahn zuschreibt (vgl. Keynes 2007 [1936]: 113). Diese Größe gibt an, um wie viel das Sozialprodukt variiert, wenn die Investitionen dauerhaft um einen (infinitesimal kleinen) Betrag erhöht oder gesenkt werden. Allerdings hätte eine

Abbildung 5: Die Methode der 45°-Linie



Zu- bzw. Abnahme des autonomen Konsums denselben Effekt. Ebenso üben in komplexeren Modellen der Außenbeitrag bzw. der Umfang des öffentlichen Haushalts Einfluss aus. Dabei ist die Wirkung umso stärker, je geringer die Sparquote ist. Es dauert dann sozusagen länger, bis ein Geldvermögensabbau sich über Einkommensanpassungen seine Ersparnis erzeugt hat.

In Abbildung 5 wächst aufgrund einer zusätzlichen Investition  $\Delta I$  das Einkommen wegen  $0 < c < 1$  um einen größeren Betrag:

$$Y_1^* - Y_0^* > \Delta I.$$

Dies ist der Grundgedanke der Konjunkturpolitik: Zusätzliche diskretionäre Ausgaben erzeugen über den Multiplikatorprozess ein wachsendes Sozialprodukt. Damit schwächt tendenziell das Arbeitsvolumen an, sofern der technische Fortschritt dies nicht überkompensiert. Bei gegebener Sparneigung erfordert allerdings eine dauerhafte Erhöhung des Nationaleinkommens eine ebenso nachhaltige Steigerung der autonomen Nachfrage. Eine Reduzierung setzt nämlich einen negativen Multiplikatorprozess in Gang, in dessen Verlauf der Output schrumpft.

In der Krise ist indes nicht zu erwarten, dass die Unternehmer bei freien Kapazitäten die Investitionen ausweiten. Daher fordert Keynes in einer solchen Situation vom Staat, dass er mehr ausgibt. Zur exakten Bestimmung der Beschäftigung im realen Teil der Wirtschaft sind jedoch weitergehende Überlegungen erforderlich, vor allem darf die Verteilung nicht ausgeblendet werden.

### Der Zweck der Übung: Die Beschäftigungsformel

Insbesondere die Post-Keynesianer Nicholas Kaldor und Michal Kalecki haben in ihren Studien die Tatsache berücksichtigt, dass Sparleistungen in der Gesellschaft in erster Linie von jenen erbracht werden, die es sich leisten können: den besser verdienenden Kapitalisten (vgl. zu den Ansätzen Hein 2004). Die (durchschnittliche) Sparquote der abhängig Beschäftigten ( $s_w$ ) liegt daher unter dem

mittleren Vermögensbildungskoeffizienten der Gewinnbezieher ( $s_p$ ):

$$s_w < s_p \leq 1 \quad (1)$$

Die Profite ( $P$ ) umfassen das gesamte Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Es enthält also auch Dividenden, Zinszahlungen und Renten für natürliche Ressourcen. Bei diesen Geldströmen handelt es sich aber um Transfers innerhalb der besitzenden Klasse, die hier nicht näher interessieren. Damit beläuft sich der Gewinn auf die Differenz zwischen dem Sozialprodukt ( $Y$ ) und der Lohnsumme ( $W$ ):

$$P = Y - W \quad (2)$$

Die kontraktiven und die expansiven Kräfte halten sich die Waage, wenn die freiwillige Ersparnis mit den geplanten Investitionen übereinstimmt. Allerdings zählen wir ab jetzt die diskretionäre Konsumnachfrage  $C^{aut}$  zu den autonomen Investitionen der Unternehmen hinzu. Diese Größe verzeichnet daher nicht nur die Ausgaben für die Erweiterung des Produktionsapparats, sondern auch für Verbrauchsgüter, sofern sie nicht von der Höhe des laufenden Einkommens abhängen. Mithilfe der Definition (2) lautet die Gleichgewichtsbedingung:

$$s_w W + s_p (Y - W) = I \quad (3)$$

Die Auflösung nach der Wertschöpfung bringt:

$$Y = \frac{I + (s_p - s_w)W}{s_p} \quad (4)$$

Die Substitution der Gleichung (4) in die Funktion (2) führt zur Gewinnformel:

$$P = \frac{I - s_w W}{s_p} \quad (5)$$

Die Profite sind positiv mit der autonomen Nachfrage  $I$  und negativ mit den Vermögensbildungskoeffizienten korreliert. Das Unternehmereinkommen hängt folglich von ihren eigenen Ausgaben ab und keineswegs

umgekehrt. Außerdem wachsen die Gewinne mit einer rückläufigen Geldvermögensbildung der abhängig Beschäftigten. Darum haben die Kapitalisten ein handfestes Interesse daran, die Lohnsumme zu verringern. Hierfür erweisen sich Prozessinnovationen, welche die Personalkosten senken, als probates Mittel. In die gleiche Richtung wirkt unbezahlte Mehrarbeit der Belegschaft. Jedenfalls wird die keynesianische Kausalität bestätigt: Die Unternehmer verbuchen erst Profit, wenn eigene und fremde diskretionäre Ausgaben eine bestimmte Untergrenze überschreiten.

Das Volkseinkommen hängt auch von unterschiedlichen Sparquoten ab. Lediglich in der Sondersituation

$$s_W = s_P = s$$

fällt die Lohnsumme aus der Gleichung (4) heraus und vereinfacht sich zu dem in den Lehrbüchern vorherrschenden Ausdruck

$$Y = \frac{I}{s} .$$

Das Sozialprodukt verliert damit die Verbindung zur Verteilung. Für das übliche makroökonomische Einnahmen-Ausgaben-Modell bedeutet das den GAU: Denn die Alternative, für jede Einkommenshöhe einfach die uniforme Sparquote zu unterstellen, rückt eine theoretische und praktische Ausnahmesituation in den Fokus, die höchstens am Rande Beachtung verdient.

Zur genaueren Erfassung der Zusammenhänge stellen wir nun einen *arbeitswerttheoretischen* Bezug her. Die Beschäftigung ( $N$ ) in einer bestimmten Periode ergibt sich auf zweierlei Weise. Einerseits entspricht das Arbeitsvolumen der durch den Einheitsstundenlohn ( $w$ ) geteilten Lohnsumme ( $W$ ). Das Entgelt der Unselbständigen wird also in „labour commanded“ ausgedrückt, wie es Keynes vorgeschlagen hat. Andererseits verkörpert sich im Sozialprodukt die verrichtete Lohnarbeit. Die entsprechende Menge an „labour embodied“ resultiert aus der Division des Volkseinkommens durch die nominale mittlere Wertschöpfung pro Stunde ( $y$ ). Damit gilt:

$$N = \frac{W}{w} = \frac{Y}{y} \quad (6)$$

Formt man diesen Ausdruck nach  $W$  bzw.  $Y$  um, kann man die entsprechenden Größen in Gleichung (4) ersetzen. Die Auflösung liefert die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in dem Referenzzeitraum, etwa ein Jahr:

$$N = \frac{I}{(y - w)s_P + ws_W} \quad (7)$$

Formel (7) instruiert in kompakter Form, welche Faktoren die Beschäftigung in dem betrachteten Grundmodell determinieren. Zunächst springt die Bedeutung der Vermögensbildungsquoten ins Auge. Offensichtlich verringert ein vermehrtes Sparen beider gesellschaftlicher Klassen *ceteris paribus* den Arbeitseinsatz. Diese Tatsache erlangt insbesondere vor dem Hintergrund der Umstellung des Rentensystems in Deutschland vom Umlageverfahren in Richtung Kapitaldeckung eine verhängnisvolle Relevanz. Der neoklassische Standardökonom vermag nicht zu begreifen, dass die autonomen Investitionen im Zuge von Sozialproduktvariationen die betragsgleiche Ersparnis hervorrufen. Dies wird umso rascher erreicht, wenn die für Konsum ausgegebenen Einkommensanteile schwinden. Wenn also *nolens volens* für die sog. Riester-Rente Geld auf die hohe Kante gelegt wird, drückt dies das Sozialprodukt und damit die Beschäftigung nach unten.

Angesichts der verfestigten Erwerbslosigkeit von Millionen Menschen erscheint es auch aus dieser Perspektive geboten, den bewährten Generationenvertrag in der Altersversorgung zu stärken, statt einer individualisierten Kapitalbildung das Wort zu reden. Überdies muss man über einschlägige Forderungen aus dem Unternehmerlager erstaunt sein, denn mit zunehmender Geldvermögensbildung der Arbeiter schwindet der Profit, da dies nicht von der fallenden Lohnsumme kompensiert wird. Mit Hilfe von Gleichung (7) erhält man eine Alternative zur Formel (5), die den Sachverhalt sofort vor Augen führt:

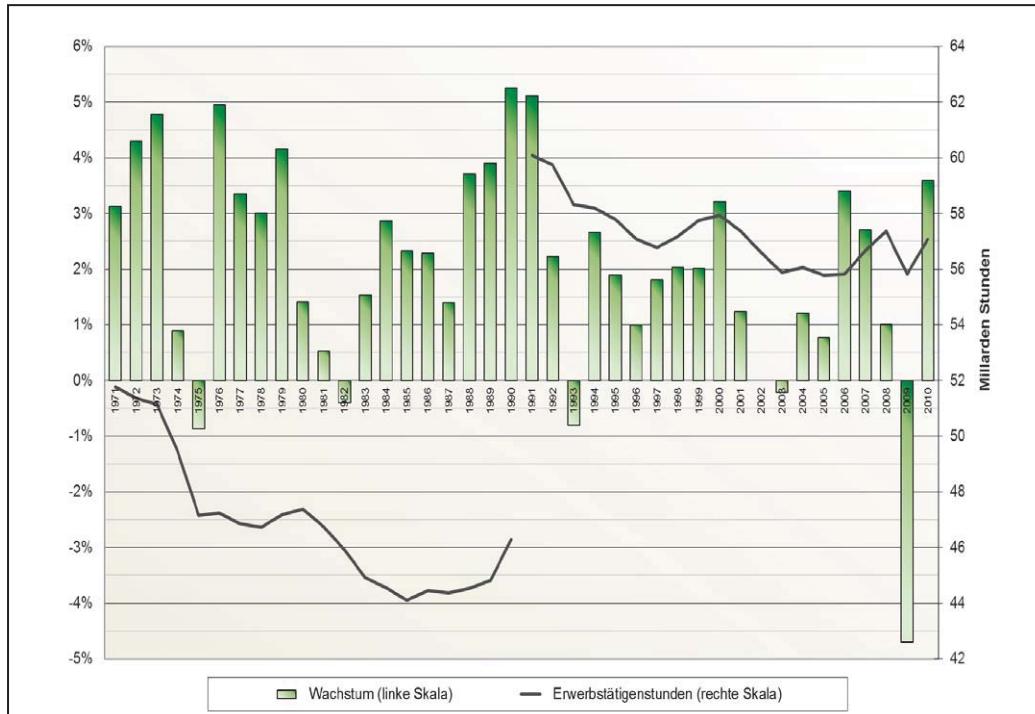
$$\begin{aligned}
 P &= \frac{I - s_w W}{s_p} = (y - w)N = \\
 &= \frac{(y - w)I}{(y - w)s_p + ws_w} \quad \text{mit} \quad \frac{\partial P}{\partial s_w} < 0
 \end{aligned} \tag{8}$$

Sieht man von der Versicherungsbranche ab, schneiden sich die Gewinnbezieher ins eigene Fleisch, wenn sie vermehrtes Sparen der abhängig Beschäftigten propagieren. Das gilt aus kreislauftheoretischer Sicht ebenfalls für die eigene Vermögensbildungsneigung.

Welche Möglichkeiten zur Beschäftigungssteigerung bietet die Lohnpolitik? Wegen der Bedingung (1) würde zwar eine isolierte Steigerung der Vergütung  $w$  in diese Richtung wirken, es dürfte aber höchst zweifelhaft sein, ob solche

Forderungen durchzusetzen sind. Wie erwähnt, stellte Keynes fest, dass die Tarifpartner eben nicht das reale Entgelt aushandeln, sondern Geldleistungen. Kostenerhöhungen gehen jedoch in aller Regel in die Preise ein, womit der durchschnittliche nominale Stundenertrag  $y$  zunimmt. Tatsächlich wird der Aufschlagfaktor im Wettbewerb zwischen der Lohngüterfertigung und dem Rest der Wirtschaft bestimmt und ist relativ stabil (vgl. Helmedag 2012b). Selbst wenn es den Gewerkschaften gelingt, eine produktivitätsorientierte Gehaltsanpassung zu vereinbaren, bleibt damit zwar die Lohnsumme gleich, aber das Arbeitsvolumen sinkt (vgl. Helmedag 2012a: 103 ff.). Die Abbildung 6 verdeutlicht, dass dieser Trend in Deutschland seit den 1970er Jahren zu beobachten ist. Bis auf wenige Ausreißer ist das reale Bruttoinlandsprodukt durchgängig gewachsen, während die Zahl der jährlich geleisteten Arbeitsstunden tendenziell abgenommen hat.

Abbildung 6: Reales Wachstum und Arbeitsvolumen



Quelle: Statistisches Bundesamt und OECD

Die Zeche für die offensichtliche Systemeigenschaft des Kapitalismus zahlen Millionen Erwerbslose und prekär Beschäftigte. Vor diesem Hintergrund ist die häufig zu hörende Forderung nach individueller Arbeitszeitverlängerung nichts anderes als ein Appell, mehr Rekruten für die „Industrielle Reservearmee“ auszuheben. Das Gegenteil ist nicht nur das Gebot der Stunde, sondern auch der Zukunft (vgl. Keynes 2007 [1943]). Zudem ist eine geeignete Beschäftigungspolitik gefragt.

Der Kern der Keynesischen Argumentation läuft darauf hinaus, die wirtschaftliche Aktivität  $Y$  durch Variation der Investitionen im Zähler von Ausdruck (4) und damit das Arbeitsvolumen (7) zu beeinflussen. Dabei muss man sich in Erinnerung rufen, dass das Symbol  $I$  nicht nur Ausgaben der Unternehmer zur Erhaltung und Erweiterung des Produktionsapparates repräsentiert. Neben den autonomen Konsum treten in allgemeineren Modellen der Außenbeitrag sowie das staatliche Haushaltsdefizit (vgl. Helmedag 2007). Diese diskretionären Nachfragekomponenten eignen sich prinzipiell, eine unzureichende private Investitionstätigkeit zu kompensieren. Aber beide Wege können ins Abseits führen.

Das Streben nach einer permanent aktiven Leistungsbilanz ist wohlfahrtstheoretisch dubios, weil damit im Gegenzug Vermögenstitel aufgehäuft werden, deren Werthaltigkeit in längerer Perspektive füglich bezweifelt werden darf. Falls sich früher oder später bestimmte Papiere als toxisch erweisen, wurde letzten Endes ein Teil der Ausfuhren *de facto* verschenkt. Deshalb hat der § 1 des 1967 erlassenen (und immer noch geltenden!) Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes mit Recht „außenwirtschaftliches Gleichgewicht“ als Ziel der Wirtschaftspolitik formuliert. Überdies demonstriert gerade die aktuelle Krise, dass sich etliche Länder an den Rand der Zahlungsfähigkeit manövriert haben und deswegen nicht mehr in der Lage sind, wie bisher Güter aus Deutschland zu importieren.

Eine weitaus probatere Methode für mehr Einkommen und Beschäftigung bietet ein verbessertes Angebot öffentlicher Güter. Die Beschaffung der erforderlichen Mittel durch (höhere) Steuern sollte um eine *dauerhafte* Kreditaufnahme des Fiskus ergänzt werden, da

sie keine Entzugswirkungen verursacht. Diese Forderung steht in diametralem Gegensatz zu dem, was die Regierung und die übergroße Mehrheit der deutschen Parlamentarier empfehlen und sogar zur Grundgesetznorm erhoben haben: Die sog. Schuldenbremse in der Verfassung ist der manifeste Beweis für den Verfall des ökonomischen Wissens in der Republik, denn Kenner sind längst eingeweiht, dass eine sachgerechte Politik keineswegs vor der Problematik wachsender Verbindlichkeiten kapitulieren muss (vgl. Helmedag 2010).

An dieser Stelle kommt eine Variable ins Spiel, die Hicks zur wichtigen Stellgröße in seiner Interpretation des Keyneschen Systems erkoren hat, die jedoch in der realwirtschaftlichen Beschäftigungsbestimmung keine unmittelbare Rolle spielt: die Zinshöhe. Die dynamische Bedingung für eine stabile Schuldenuote verlangt, dass der Zinssatz unter der nominalen Wachstumsrate des Sozialprodukts liegt. Ist diese Konstellation verletzt, wird die Finanzierung der Defizite früher oder später auf Grenzen stoßen. In der aktuellen Situation Deutschlands, das gegenwärtig Kredit quasi zum Nulltarif genießt, wäre es jedoch mehr denn je angezeigt, ein wohlfahrtsförderndes deficit spending à la Keynes zu betreiben, statt die sprichwörtliche Sparsamkeit der schwäbischen Hausfrau zur Kardinaltugend gesamtwirtschaftlicher Politik hochzustilisieren.

### Anmerkung

1 „Ich neige daher zu der vorklassischen Lehre, dass alles durch *Arbeit erzeugt* wird; unterstützt durch das, was man früher Kunst zu nennen pflegte, und jetzt Technik genannt wird; sowie durch natürliche Ressourcen, die frei sind oder je nach ihrer Knappheit oder ihrem Überfluß eine Rente kosten, und durch die Ergebnisse vergangener, in den Vermögenswerten verkörperter Arbeit, die ebenfalls gemäß ihrer Knappheit oder ihrem Überfluß einen Preis bedingen“ (Keynes 2006) [1936]: 180.

### Literatur

- Galbraith, J. K. (1997): Time to Ditch the NAIRU, in: The Journal of Economic Perspectives, Vol. 11, 93-108.

- Hein, E. (2004): Verteilung und Wachstum, Eine paradigmorientierte Einführung unter besonderer Berücksichtigung der post-keynesianischen Theorie, Marburg: Metropolis.
- Helmedag, F. (1994): Warenproduktion mittels Arbeit. Zur Rehabilitation des Wertgesetzes, 2. Auflage, Marburg: Metropolis.
- Helmedag, F. (2007): Gesamtwirtschaftliche Bestimmungsgründe der Gewinne und des Arbeitsvolumens, in: Wirtschaftsdienst, 87. Jg., 412-416.
- Helmedag, F. (2009): Europäische Geldpolitik in der Krise, in: Finanzkrise und Divergenzen in der Wirtschaftsentwicklung als Herausforderungen für die Europäische Währungsunion, hrsg. v. Chaloupek, G. / Kromphardt, J., Schriften der Keynes-Gesellschaft, Bd. 3, Marburg: Metropolis, 108-121.
- Helmedag, F. (2010): Staatsschulden als permanente Einnahmequelle, in: Wirtschaftsdienst, 90. Jg., 611-615.
- Helmedag, F. (2012a): Effektive Nachfrage, Löhne und Beschäftigung, in: Keynes' General Theory nach 75 Jahren, hrsg. v. Kromphardt, J., Schriften der Keynes-Gesellschaft, Bd. 5, Marburg: Metropolis, 93-106.
- Helmedag, F. (2012b) Principles of capitalistic commodity production, in: Intervention. European Journal of Economics and Economic Policies, Vol. 9, 23-34.
- Hicks, J. R. (1937): Mr. Keynes and the „Classics“; a Suggested Interpretation, in: Econometrica, Vol. 5, 147-159.
- Keynes, J. M. (2007 [1936]): The General Theory of Employment, Interest and Money, London / Basingstoke: Macmillan.
- Keynes, J. M. (2006 [1936]): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 10. Auflage, Berlin: Duncker & Humblot.
- Keynes, J. M. (2007 [1943]): The Long-Term Problem of Full Employment, deutsch in: Reuter, N., Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität, 2. Aufl., Marburg: Metropolis, 159-164.
- Lucas, R. E. (1980): The Death of Keynesian Economics, in: Issues and Ideas (University of Chicago), Winter, 18f.
- Lucas, R. E. (1996): Nobel Lecture: Monetary Neutrality, in: The Journal of Political Economy, Vol. 104, 661-682.
- Mankiw, N. G. (2006): The Macroeconomist as Scientist and Engineer, in: The Journal of Economic Perspectives, Vol. 20, 29-46.
- Robinson, J. (1971): Economic Heresies, New York: Basic Books.
- Romer, D. (2000): Keynesian Macroeconomics without the LM Curve, in: The Journal of Economic Perspectives, Vol. 14, 149-169.
- Rothschild K. W. (1981): Einführung in die Ungleichgewichtstheorie, Berlin: Springer.
- Streissler, E. W. (2002): Endogenität und Neutralität des Geldes in theoriegeschichtlicher Perspektive, in: Schefold, B. (Hrsg.): Endogenität und Exogenität. Die Geldmenge in der Geschichte des ökonomischen Denkens und in der modernen Politik, Marburg: Metropolis, 65-88.
- Zinn, K. G. (1986): Arbeit, Konsum, Akkumulation, Versuch einer integralen Kapitalismusanalyse von Keynes und Marx, Hamburg: VSA.